

Der Juso-Landesvorstand möge beschließen:

Es braucht eine soziale Lösung am Hauptbahnhof!

1 Der Bremer Hauptbahnhof ist mehr als nur eine Infrastruktureinrichtung. Vielmehr ist es ein Ort, an
2 dem sich verschiedene Welten begegnen: In der einen Welt wird der Bahnhof als Verkehrspunkt ge-
3 nutzt, um zur Arbeit, Ausbildung oder Universität zu kommen. In der anderen befindet sich dort das
4 soziale Umfeld, die sozialen Dienste und ist die Bezugsquelle für Betäubungsmittel, welche Menschen
5 aus unterschiedlichen Motiven konsumieren oder aufgrund von Suchterkrankungen konsumieren
6 müssen. Jedoch verläuft dieses alltägliche Aufeinandertreffen der zwei unterschiedlichen Lebensreali-
7 täten nicht immer friedlich ab. Speziell FINTA*-Personen geraten oft ins Visier, berauschter männlich
8 gelesener Personen, welche sich, aufgrund der patriarchalen Hegemonie das Recht einräumen sich
9 den Raum zu nehmen und FINTA*-Personen auszurauben, sexuell zu belästigen oder gar zu vergewal-
10 tigen.

11 Die negative Entwicklung des HBF-Umfeldes ist bereits länger zu beobachten, aber seit Corona befin-
12 det sich der Bahnhofsbereich in einem beschleunigten Umbruch. Menschen, die Crack konsumieren,
13 beanspruchen immer mehr Raum, was auch unter anderem an dem Wirkungsspektrum der genutzten
14 Substanz liegt. Die dadurch entstehende Verdrängung trifft nicht nur andere prekäre Milieus (bspw.
15 Trinker*innen oder Obdach- und Wohnungslose) hart, sondern trägt erheblich zum verstärkten Un-
16 wohlsein bei Reisenden, Pendler*innen und Anlieger*innen und zum verwahrlosten Gesamterschei-
17 nungsbild bei. Ein weiteres Problem des verstärkten Crackkonsums ist, dass die soziale Arbeit vor Ort
18 erheblich gestört und zuweilen oft auch aus Sicherheitsgründen eingestellt werden muss. Dadurch sind
19 viele Kontakte und Netzwerke zu hilfebedürftigen Menschen unterbrochen oder abgebrochen, was
20 sich erheblich negativ auf ihre Gesundheit und perspektivisch auch auf deren Re-Integrationsperspek-
21 tive auswirkt.

22 **In unserer jungsozialistischen Analyse kann Repression nicht die Lösung für ein derart**
23 **komplexes gesellschaftliches Problem sein!**

24 Wir Jusos wollen eine Gesellschaft, die allen Widrigkeiten zum Trotz auf Menschen zugeht und diesen
25 mit Solidarität statt mit Verachtung begegnet. Die historisch-religiös motivierte Drogenprohibition ist
26 gescheitert! Der Begriff "Droge" ist nur ein gesellschaftlich konstruierter Begriff, um deren Konsum-
27 ment*innen zu stigmatisieren und Repression ihnen gegenüber zu rechtfertigen. Wir sprechen uns für
28 eine akzeptierende Drogenpolitik aus, welche anerkennt das Substanzkonsum ein Teil unserer Gesell-
29 schaft ist und die Politik deshalb die Aufgabe hat, den Konsument*innen einen (soweit möglich) nicht
30 schädlichen Konsum zu ermöglichen. Dieser progressiven Drogenpolitik liegt ein breites Verständnis
31 von Gesundheit und Krankheit zugrunde, welches akzeptiert, dass Gesundheit etwas Individuelles ist
32 und dieser Umstand zu respektieren ist. Auf die Problematik am Hauptbahnhof bezogen bedeutet dies,
33 dass es geschützte Räume geben muss, wo sämtliche Substanzen straffrei und im Sinne der Adres-
34 sat*innen konsumiert und in geringen Maßen (sog. Ameisenhandel) auch gehandelt werden können.
35 Für die Überprüfung der Substanzen braucht es kostenloses und straffreies Drug-Checking. Dafür be-
36 nötigt es jedoch Wissen über die einzelnen Gruppen und deren Konsumkultur.

37 **Der Senat muss handeln – nicht nur das Innenressort!**

38 Es ist offenkundig, dass am Hauptbahnhof dringender Handlungsbedarf besteht, denn die bisherige
39 Arbeit des Senats reicht nicht aus. Grundsätzlich geht der Aktionsplan Hauptbahnhof zwar in die rich-
40 tige Richtung, allerdings versagt der Senat bei der Umsetzung. Sozial- und Gesundheitsressort scheinen
41 kein Interesse an der Lösung des Problems zu haben. Die Idee der, dem Wirtschaftsressort zugeordne-
42 ten, Wirtschaftsförderung dort im Sommer ein temporäres Freibad zu errichten, macht die Debatte

43 vollends lächerlich. Einzig der Innensenator geht seine Aufgaben an, allerdings bleiben ohne die flan-
44 kierenden Sozialmaßnahmen nur Repressionen spürbar, was keine dauerhafte Lösung ist und sein
45 kann. Neben den dadurch entstehenden Verdrängungseffekten sorgt die dauerhafte Polizeipräsenz
46 auch nicht für mehr subjektive Sicherheit. Auch, wenn der Innensenator beteuert, dass der Bremer
47 Hauptbahnhof und der Vorplatz zu den sichersten Orten in Deutschland gehöre, da dort über 50 Ka-
48 meras installiert sind und sie 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr von Polizist*innen überwacht wer-
49 den, besteht an diesen Orten kein subjektives Sicherheitsgefühl.

50 **Wir fordern den Senat auf zu handeln! Konkret bedeutet das:**

- 51 • Der Aktionsplan Hauptbahnhof muss zügig umgesetzt werden. Das darin verankerte Nebenei-
52 nander von polizeilichen, sozialarbeiterischen und baulichen Maßnahmen darf nicht unter den
53 Tisch fallen. Sozial- und Gesundheitsressort müssen ihren Aufgaben nachkommen - ihr Verste-
54 cken hinter dem Innenressort ist feige und schädlich.
- 55 • Darüber hinausgehend fordern wir die Bildung multiprofessioneller Teams aus Akteur*innen
56 der Sozialen Arbeit, Gesundheitswissenschaften, Kriminologie, Soziologie, Rechtswissenschaf-
57 ten und der Ordnungsbehörden sowie Beiräten aus Anwohner*innen, geschäftlichen Anlie-
58 ger*innen und Vertreter*innen für Menschen in sozialen Notlagen, um eine Lösung im Sinne
59 aller Gruppen am Hauptbahnhof partizipativ zu erarbeiten.
- 60 • Es braucht sichere Räume und Toiletten in ausreichender Zahl und mit funktionierender Reini-
61 gung, insbesondere auch für FINTA*.
- 62 • Die Ansätze der Housing-First-Politik des Senats müssen fortgesetzt werden. Hierdurch erhal-
63 ten diese Menschen die Chance auf Sicherheit und Integration, da sich persönliche Probleme
64 schlechter bewältigen lassen, wenn jemand in einem ständigen Sicherheitsdefizit am Rande
65 der Gesellschaft lebt.
- 66 • Die räumlichen Verhältnisse müssen besser geordnet werden, zentrale Orte (Konsumräume,
67 Tagescafes, Notunterkünfte und Methadon-Ausgabe) müssen auf ihre Wechselwirkungen
68 überprüft werden, insbesondere in Rücksprache mit den Träger-Einrichtungen und Sozialar-
69 beiter*innen vor Ort.
- 70 • Die Wohnungslosenunterkunft unter dem Hauptbahnhof muss zumindest über die Zeit des
71 Winters 2022/2023 wiedereröffnet werden. Danach soll dieser modernisiert und eine duale
72 Nutzung als Wohnungslosenunterkunft und Zivilschutzbunker dienen.
- 73 • Zur Bekämpfung des Müll- und Schädlingsproblems fordern wir mehr Müllbehälter rund um
74 den Bahnhof. Insbesondere im Bereich des Nelson-Mandela-Parks müssen diese unbedingt
75 tiersicher sein, so dass Vögel, Ratten und Waschbären diese nicht wieder "ausleeren" können.
76 Die Reinigungszyklen im Umfeld des Hauptbahnhofs müssen bedarfsgerecht erhöht werden.
77 Bei der Ausgabe von Lebensmitteln sollen Informationen bereitgestellt werden um auf das
78 Schädlingsproblem aufmerksam zu machen. Für die Taubenpopulation sollten parallel zur Ein-
79 richtung der Taubenhäuser auch eine gezielte Bejagung durch Falkner*innen oder durch An-
80 siedlungshilfen für Greifvögel zur Bestandsreduktion gesetzt werden, sowie das Fütterungs-
81 verbot konsequent durchgesetzt werden.